

Gießener Allgemeine vom 01. August 2014

»Eine Frage der Verantwortung«

Vertreter evangelischer Gemeinden in der Region diskutieren mit Experten über Flucht und Asyl

Grünberg (pm). »Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn ihr seid auch Fremdlinge im Ägyptenland gewesen«, heißt es im Alten Testament. Krieg, Hunger und Armut führen seit dem vergangenen Jahr immer mehr Menschen nach Deutschland. Über die Erstaufnahmestation in Gießen kommen sie auch in den Landkreis. Auf Anregung von Doris Wirkner, Referentin für Gesellschaftliche Verantwortung in der AG der evangelischen Dekanate Grünberg, Hungen und Kirchberg, trafen sich Vertreter der Kirchengemeinden, um sich über die Situation zu informieren ihre Verantwortung auszutauschen.

»Brauchen Willkommenskultur«

»Wir brauchen eine Willkommenskultur, für die auch unsere Gemeinden stehen«, betonte Dekanin Barbara Alt in ihrer Begrüßung im Gemeindesaal Grünberg. Es entspreche dem christlichen Selbstverständnis, Kirchen als einen Zufluchtsort zu verstehen, in dem die Bereitschaft zum Teilen und ein solidarisches Miteinander möglich seien.

Der Umgang mit dem Thema Flucht und Asyl sei eine Frage der gesellschaftlichen Verantwortung der Kirche in der Region, der sich die Arbeitsgemeinschaft der Dekanate Grünberg, Hungen und Kirchberg stellen, hob die Hungen Dekanin in Anwesenheit der beiden anderen Dekane in der AG, Norbert Heide (Grünberg) und Hans-Theo Daum (Kirchberg), hervor.

Dabei ging es zunächst um eine Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Situation. Rund 850 Asylsuchende würden derzeit in zwölf Gemeinschaftsunterkünften betreut, berichtete Jörg Glasenhardt-Frey mann. Der Leiter des Teams Asyl der Kreisverwaltung kündigte an, dass weitere Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden müssten,



Jörg Glasenhardt-Frey mann, Hermann Wilhelmy, Barbara Alt und Doris Wirkner (v.l.) bei der Diskussion in Grünberg. (pm)

um eine steigende Zahl von Menschen im Landkreis unterzubringen, solange sie auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag warten. Bei der Verteilung im Kreis achte man sehr genau auf die Zusammensetzung der Bewohner und darauf, nicht zu viele an einem Ort einzuquartieren.

Dank zusätzlichen Personals beim Kreis und Einbindung diverser gesellschaftlicher Kräfte wie Kirchengemeinden, Diakonie und ehrenamtlich Engagierter gelinge die Einbindung der Asylsuchenden in die Dorfgemeinschaften bislang jedoch gut. Dies bestätigten Vertreterinnen einzelner Kirchengemeinden, in denen sich Unterkünfte befinden. Neben vielfältigen Angeboten, die von Sprachförderung bis zum gemeinsamen Essen reichen, würde man es hier begrüßen, wenn die Menschen nach ihrer Anerkennung als Asylbewerber in den Orten blieben. So könnte der Rückgang der Bevölkerungszahlen ein wenig abgemildert werden.

Einer besonderen Herausforderung stellen sich derzeit einige Kirchengemeinden der Region, in denen Anfragen auf Kirchenasyl vorliegen. Insbesondere die politisch umstrittene Dublin III-Vereinbarung, nach der Asylbewerber im Land ihrer Ankunft in Europa einen Asylantrag stellen müssen, werde vermutlich zu weiteren Anfragen an Kirchengemeinden führen, kündigte Flüchtlingsseelsorger Pfarrer Hermann Wilhelmy an. Heißt konkret: Menschen, die zuerst beispielsweise in Italien europäischen Boden betreten haben, auch dorthin zurückkehren müssten. Dabei sei die Grundlage der jahrhundertealten Tradition, auf die sich noch heute Kirchengemeinden beriefen, um Menschen vor lebensbedrohlichen oder menschenunwürdigen Situationen zu bewahren, keine politische Aktion, sondern entspringe einem christlich motivierten Schutz- und Solidaritätsgedanken.

Als Flüchtlingsseelsorger der EKHN stehe er Kirchengemeinden beratend zur Seite, ebenso wie die Mitarbeiter des Diakonischen Werks. Eindringlich warben Wilhelmy und die Referentin für gesellschaftliche Verantwortung, Doris Wirkner, dafür, in den Kirchenvorständen über die Möglichkeiten und Grenzen der Begleitung von Flüchtlingen zu sprechen.

Gemeinsame Positionierung?

Die Teilnehmer der Veranstaltung vereinbarten ein weiteres Treffen, bei dem u.a. die Möglichkeiten gemeindeübergreifender Zusammenarbeit diskutiert werden sollen. Einige Teilnehmer wünschten sich auch eine gemeinsame Positionierung der Kirchengemeinden der drei Dekanate, um die Verantwortung gegenüber Asylsuchenden einerseits und den Gemeindemitgliedern andererseits angemessen wahrzunehmen.